



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 209 51/52

Hannover, Georgstraße 33

F/V/129

7. Juni 1950

Hinweise
auf den Inhalt:

Internationale Gemeinschaft - Eine Wertung der COMISCO-Tagung	S.1
Der Fluch der bösen Tat - Zur Denkschrift des Bundesfinanzministers	S.2
50 000 Altruisten - Aus der Tätigkeit der Arbeiter-Wohlfahrt	S.4
Zum Bremer Parteitag der DP	S.5

Internationale Gemeinschaft

.....
Von Herbert Wehner

Mitglied der Delegation der SPD auf der Kopenhagener Konferenz

Als Alsing Andersen (Dänemark), der meisterhafte Dirigent der Internationalen Sozialistischen Konferenz 1950 in Kopenhagen, in kurzer Schlußansprache eine erste Würdigung des Konferenzverlaufs gab, wies er auf die sichtbaren Fortschritte in der Koordination der sozialistischen Parteien hin und sagte: "Ich möchte nicht nur danken für das gute und hohe Niveau der Diskussion, sondern ich habe auch das Recht zu sagen, daß die erzielten Resultate einen Wendepunkt in der Entwicklung der sozialdemokratischen Bewegung nach dem Kriege darstellen."

Über 100 Delegierte von 25 sozialdemokratischen Parteien, die in Mittel- und Westeuropa rund 9,5 Millionen Mitglieder und -nach dem Stand der jeweils letzten Parlamentswahlen- über 34 Millionen Wählerstimmen repräsentierten, befassten sich in dreitägiger harter Arbeit mit einer überaus reichhaltigen Tagesordnung, deren Hauptpunkte jeder für sich allein schon Stoff zu ergiebigen Auseinandersetzungen bot. Man setzte sich sachlich auseinander und kam in entscheidenden Fragen zu weitgehender Übereinstimmung.

Eine so schwierige Frage wie das Saarproblem wurde nach eingehenden Diskussionen im Plenum und in Kommissionen mit einer einstimmig angenommenen Resolution beschlossen. Die Internationale Sozialistische Konferenz verurteilt die Politik der vollzogenen Tatsachen durch die französische Regierung und die Saar-Regierung, sie wendet sich gegen die Ausschaltung der deutschen Bundesregierung und grundsätzlich gegen die Abtrennung deutscher Gebiete von Deutschland. Die sozialistischen Parteien betrachten die Saarfrage mit den französisch-saarländischen Konventionen als keineswegs abgeschlossen, sondern streben nach einer konstruktiven Lösung.

Ungeachtet aller Meinungsverschiedenheiten wurde auch das Problem der Einigung der italienischen Sozialdemokraten auf eine positive Weise der endgültigen Regelung um einige Schritte näher gebracht. Der Bericht über die Tätigkeit der sozialdemokratischen Wirtschaftsexperten seit der vorjährigen Internationalen Konferenz und die sich an ihn knüpfende Diskussion, in der Dr. Hermann Veit die Gesichtspunkte der SPd darlegte, stellen eine wesentliche Vorarbeit zur Stellungnahme der sozialdemokratischen Parteien Europas zum Vorschlag des französischen Außenministers Robert Schuman dar, mit der auf Einladung der Labour Party Mitte Juni sich eine besondere Tagung befassen wird.

Höhepunkte der Konferenz waren der Bericht Erich Ollenhauers über das System der Konzentrationslager und der Zwangsarbeit in den totalitären Ländern und die sich anschliessende Diskussion, sowie das Referat des Generalsekretärs der Labour Party, Morgan Philips über "Sozialismus und Frieden". Zu beiden wurden einstimmig Resolutionen beschlossen, die die praktische Arbeit der sozialdemokratischen Parteien ebenso befruchten werden, wie die auf dieser Konferenz eingeleitete und bis zur nächstjährigen Internationalen Konferenz durch eine unter Guy Mollets (Frankreich) Vorsitz arbeitende Kommission zu beendende Arbeit über die Grundlagen des demokratischen Sozialismus.

Im Hinblick auf die Wichtigkeit des Gegenstandes lassen wir dem gestrigen redaktionseigenen Beitrag die kritische Stellungnahme eines Bundestagsabgeordneten folgen. D.Red.

Der Fluch der bösen Tat

Von Fritz Erlar, MdB

Der Bundesfinanzminister hat in einer ausführlichen Denkschrift dargelegt, dass ihm zum Ausgleich des Bundeshaushaltes 1950 rund eine Milliarde Mark fehlt. Den geschätzten Einnahmen von 11,375 Millionen

stehen Ausgaben von rund 12,3 Milliarden gegenüber. Der Finanzminister wiegt sich in der Hoffnung, durch Luxus- und Verzehrsteuern und neue Beförderungsabgaben 45 Mill. erschliessen zu können und im übrigen den Haushalt durch weitere Einsparungen auszugleichen. Das lächerliche Verhältnis der zu erwartenden zusätzlichen Einnahmen zum Gesamtfehlbetrag deutet an, mit welchem erheblichen Abstrichen bei wahrscheinlich sozial sehr bedeutsamen Posten zu rechnen sein wird.

Vielleicht entsinnt sich die Regierung, dass ihr jetzt genau der Betrag fehlt, den man mit der vor einigen Monaten beschlossenen Steuerreform gerade den kapitalkräftigsten Schichten unseres Volkes zum Geschenk gemacht hat. Man hat die Steuerreform damit begründet, dass nur auf diese Weise eine Belebung der Wirtschaft und eine stärkere Kapitalbildung möglich sei. Dessenaber durch diese Begünstigung gerade der gut über den Krieg gekommenen Interessentenkreise das gebildete Kapital zu einem grossen Teil in falsche Kanäle fliesst, während es an einem anderen Teil der Wirtschaft dringend gebraucht wird, ist inzwischen durch die Tatsachen erwiesen.

Gerade der Anteil der unsozialen Steuern vom Umsatz und Verbrauch am Gesamt-Steueraufkommen ist ununterbrochen gestiegen und steigt weiter. 1913 betrug ihr Anteil am Gesamt-Steueraufkommen 36,1 Prozent, 1949 46,2 Prozent und 1950 wird er 50 Prozent übersteigen. Diese Zahl spricht Bände für die unsoziale Steuerpolitik der Regierung. Jetzt schreibt der Finanzminister selbst, dass "aber auch Steuerersenkungen nicht zu vertreten sind, wenn sie nur zu einer Verminderung der Bundeseinnahme führen, weil auch die Ausgaben, die der Bund zu leisten hat, zum grössten Teil nicht willkürlich reduziert werden können". Diese Erkenntnis hätte der Minister dem Bundestag vor der Verabschiedung seiner Steuerreform mitteilen sollen. Vielleicht wäre dann manchem Abgeordneten der Regierungsparteien die Entscheidung etwas schwerer gefallen.

Es sei in diesem Zusammenhang daran erinnert, dass noch lange nicht alle Möglichkeiten einer Rationalisierung des behördlichen Apparates erschöpft sind. Hierin gehören die Existenz von drei überflüssigen Ministerien, die Überschneidung von Aufgaben bei den verschiedenen Ministerien, die Unklarheiten in der Kompetenzabgrenzung und schliesslich auch die Wahl des Bundessitzes selbst. Der Finanzminister sieht sich genötigt, eine Schuldaufnahme für Investitionen anzukündigen, um den Haushalt auszugleichen. Es wäre ihm sicherlich wohler,

wenn jene 300 Mill. aus ERP-Mitteln ihm für seine Investitionen zur Verfügung stünden, die sich die Amerikaner für die Verlegung ihrer Dienststellen aus Frankfurt nach Bonn reserviert und von denen sie schon 85 Mill. abgerufen haben. Hier sehen wir, wieviel Hunderte von Millionen der Beschluss der Regierungsmehrheit die gesamte deutsche Volkswirtschaft kostet, den vorläufigen Bundessitz in Bonn einzurichten.

Auch ein sozialdemokratischer Finanzminister könnte nicht über seinen Schatten springen. Auch er müsste täglich und stündlich den schweren Gang zur Hohen Kommission gehen, um auf eine erträgliche Herabsetzung des grössten Haushaltspostens hinzuwirken, nämlich der Besatzungskosten, die rund 4 1/2 Mrd. Mark erfordern werden. Was aber ein sozialdemokratischer Finanzminister auf alle Fälle mit anderen Augen ansehen würde als der jetzige, ist die Frage der Einkommensverteilung durch die Steuerpolitik. Es dürfte sich langsam die Erkenntnis Bahn gebrochen haben, dass neugebildeter Reichtum nie aus der Arbeit des zufälligen Eigentümers eines Betriebes entspringt, sondern nur aus der gemeinsamen Leistung eines zusammenarbeitenden Wirtschaftskörpers. Bei Tolstoi hiess es noch, dass Reichtum durch Anhäufung von Arbeit entsteht, indem die einen das Arbeiten und die anderen das Anhäufen besorgen.

Die Steuerpolitik der Regierung sorgt dafür, dass dieser Spruch zunehmend Wahrheit wird. Wir würden es begrüßen, wenn die Steuerpolitik zur Milderung der sozialen Gegensätze benutzt wird und nicht zu ihrer Verschärfung, wenn also die hohen Einnahmen der wenigen dazu benutzt werden, sozial dringliche Aufgaben wie z.B. die Finanzierung des Wohnungsbaues für die vielen mitzufinanzieren.

50.000 Altruisten

sp. Nicht das Kind aus der kranken Familie nehmen, sondern die Familie sanieren - unter diesem Motto etwa kann man die Zielsetzung der Arbeiterwohlfahrt zusammenfassen, soweit sie die Fürsorge für notleidende Kinder betrifft. Daraus folgt auch eine andere Maxime der AW: Materielle Hilfe muss von der Gesellschaft geleistet werden, weil zumeist gesellschaftliche Zustände schuld sind an den materiellen Misständen einzelner Gesellschaftsmitglieder. Aufgabe der freien Wohlfahrtsverbände ist es, diese Hilfe zu vermitteln.

Vom segensreichen Wirken der Arbeiterwohlfahrt - 1919 gegründet, 1933 zerschlagen, 1945 unter allen Nachkriegsschwierigkeiten wieder ins Leben gerufen - weiss die Allgemeinheit wenig. Jetzt ist die Arbeiterwohlfahrt mit einer Pressekonferenz an die Öffentlichkeit getreten und was dabei gesagt, gezeigt und geschildert wurde, lässt sich neben der Tätigkeit der anderen Wohlfahrtsverbände sehen. Am meisten imponiert daran die Zahl der ehrenamtlichen Helfer. 50 000 freiwillige Mitarbeiter opfern tagaus, tagein einen Teil ihrer Freizeit im Dienste der Arbeiterwohlfahrt und 300 000 Förderer im ganzen Bundesgebiet spenden monatlich ihren Obulus zwischen 0.50 und 20.--Mark. Beide Säulen der Arbeiterwohlfahrt haben ihre Fundamente in der Arbeiterschaft, also in einer Volksschicht, die von Haus aus nicht viel zum Hergeben hat. Dass es dennoch geschieht und in so grossem Masse, ist eine der wenigen erfreulichen Erscheinungen dieser Zeit.

5 000 Orts-, 1500 Kreis- und 25 Bezirksausschüsse teilen sich im Bundesgebiet mit dem Hauptausschuss in Hannover in die gewaltige Arbeit. So vielseitig wie die deutsche Not, ist die Arbeit der Arbeiterwohlfahrt. Wenn es in dieser Vielseitigkeit noch besondere Akzente gibt, dann ist es die Fürsorge für die Jugend, vor allem der Flüchtlingskinder und die Sorge um die Heimkehrer. Zahlen allein vermögen kaum ein vollständiges Bild von der Tätigkeit der Arbeiterwohlfahrt zu geben, immerhin aber lassen sie erkennen, welcher Art diese Tätigkeit ist. Rund 200 Kindergärten, 170 Nähstuben, 50 Hauspflege- und Krankenstationen, 180 Heime verschiedener Art, vom Jugenderholungsheim bis zum Heimkehrer-Krankenhaus Fischerhof bei Uelzen mit modernsten psychosomatischen Heilmethoden - das alles zählt die Arbeiterwohlfahrt mit mehr als 1000 Beratungsstellen im ganzen Bundesgebiet zu ihrer Aktiva.

- - - - -
Zum Bremer Parteitag der DP
- - - - -

sp. Die Deutsche Partei ist auch in Bremen ihrer Tradition treu geblieben, Parteitage unter Ausschluss der Öffentlichkeit abzuhalten. Wie vor zwei Jahren in Verden, so wurden auch in Bremen zum Abschluss des Parteitages den Journalisten als Ergebnis des Parteitages Entschliessungen in die Hand gedrückt, die hinter verschlossenen Türen gefasst wurden. Dann stellte man sich bereitwillig zu Fragen. Da aber

die Journalisten den Beratungen nicht beigewohnt hatten, konnten sie auch keine entsprechenden Fragen stellen. Was bei einer solchen Pressekonzferenz herauskommt, schürft kaum an den Tagesfragen: über die innere Verfassung der Partei ist dabei nichts zu erfahren. Man muss anhand dieser Praxis annehmen, dass die DP viel zu verbergen hat.

Immerhin, beim Bremer Parteitag hatte man Verständnis dafür, denn die DP leidet unter der Hedler-Krise. Darüber kann auch das imponierende Abstimmungsergebnis bei der Wiederwahl Hellweges - nur drei Neinstimmen bei 286 Delegierten - nicht hinwegtäuschen, zumal in Bremen nicht herausgekommen ist, welche Legitimation die Delegierten mitbrachten, welches Gremium sie also dazu gewählt hat, Ja oder Nein zur Politik des Parteidirektoriums zu sagen.

Dass eine geschickte Regie das erwünschte Resultat im voraus festlegen kann, hat der kürzliche Parteitag der Landesorganisation Schleswig-Holstein der DP in Itzehoe gezeigt. Nach dem Ausschluss von fünf Kreisverbänden hätte der Parteitag von 16 Kreisverbänden beschickt werden müssen. Man lud aber, weil man wusste, dass mindestens 9 von diesen 16 Verbänden in Opposition zur Gesamtleitung stehen, nur 12 Kreisverbände ein und siebte auch dabei noch die Delegierten. Die Regie führte der Generalsekretär der Gesamt-DP, Dr. Lauenstein-Hannover, der, etwas ungewöhnlich bei demokratischen Parteien, auch den Parteitag von Itzehoe leitete. Ein Zwischenfall bei der Wahl des Landesvorsitzenden war bezeichnend für die wirkliche Stimmung innerhalb der DP. Dr. Lauenstein schlug als Landesvorsitzenden den Bundestagsabgeordneten Wittenburg vor. Da kein Gegenkandidat aufgestellt wurde, konstatierte Lauenstein ohne jeden Wahlvorgang, dass Wittenburg einstimmig gewählt worden sei. Erst auf Protest eines Delegierten wurde eine Geheimabstimmung durchgeführt. Ergebnis: 19 Stimmen für, 16 Stimmen gegen Wittenburg.

Die DP nennt sich eine demokratische Partei. Hoffentlich ist der Bremer Parteitag unter einer weniger geschickten, dafür aber demokratischen Regie abgelaufen. Die Geheimnistuerei rund um den Parteitag spricht allerdings gegen diese Hoffnung.

- - - -

Nordrhein-Westfalen-Wahl im Rundfunk

sp. Im Rahmen der NWDR-Sendungen zur Vorbereitung der Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen werden vier bekannte sozialdemokratische Landtagskandidaten zu den Rundfunkhörern sprechen. Sie werden an folgenden Tagen zu hören sein:

8.6.	um 19,30 Uhr	Alfred Dobbert, Düsseldorf
14.6.	" "	Hede Runowski, Köln
16.6.	" 19,38 "	Prof. Eric Nölting, Düsseldorf
17.6.	" 19,37 "	Heinz Kühn, Köln